

Akademische Buchhandlung von Max Drechsel, in Bern Erlachstrasse, 23 Jährlich etwa 40 Nummern (deutsche & französische Ausgabe) für Fr. 4 in der Schweiz; Mark 5 in Deutschland; Fr. 6 in den anderen Ländern. Alle Buchhandlungen, Postanstalten, sowie der Verlag nehmen Bestellungen entgegen. Einzelnummern 10 Cts. = 10 Pf.

Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisation menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für Menschheitsinteressen bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Schweizer-Postcheckkonto Bern III 496. Die Vereinsstatuten und Probenummern aller seiner Organe werden auf Verlangen durch das Sekretariat: Bern, Erlachstr. 23 gratis zugesandt.

Schweizer Komitee des Bundes: Dr. August FOREL, alt Prof. an d. Univ. Zürich; Nationalrat A. LOCHER, Regierungspräsident, Bern; Regierungsrat Dr. TSCHUMI, Polizeidirektor des Kantons Bern; Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE QUERVAIN, Prof. an d. Univ. Zürich; Dr. A. HUBER, alt Zivilgerichtspräsident, Basel; Dr. A. SUTER, Präs. d. Gemeinderats v. Lausanne; O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne; Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u. a. m. Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts», Bern.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FÖRSTER, Berlin; Ep. BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 2. Vors. des Bundes «Neues Vaterland» u. 1. Vors. der Ortsgr. Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen Friedensges., Stuttgart; Dr. ELSNER, Senatspräsident a. D., Wien; Dr. Karl GRÜNBORG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags, Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräs. d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl. d. französischen Parlaments; A. NAQUET, eh. Senator, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. des engl. Parlaments; Lino FERRIARI, eh. Generalprocurator, Como, u. a. m. Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.

Der 22. Kriegsmonat

Bern, am 5. Juni 1916.

I. Die militärische Entwicklung

Die Zentralmächte haben auch in der Berichtsperiode wieder ihre günstige Stellung auf den innern Linien dazu ausgenutzt, um einen Grosseil ihrer Kräfte auf einige wenige Angriffspunkte zu konzentrieren und an diesen Stellen — wenigstens für den Beginn der Offensive — überlegen aufzutreten. An den übrigen Fronten belassen sie, auf die bevorzugten Kampfbedingungen des Verteidigers im Stellungskrieg gestützt, nur wenige Kräfte und vermochten sie doch erfolgreich zu halten.

Der charakteristischste dieser neuen Vorstösse wurde an der südöstlichen Grenze des Trentino unternommen. Während die Italiener ein Jahr lang gebraucht hatten, um in eben diesen Grenzgebieten um einige Kilometer weit vorzurücken und dies der Welt stets wieder als hernliche Sieghaftigkeit verkündet hatten, ist es der ernsthaft-sachlichen Methode der österreichischen Armee gelungen, in 14 Tagen all diese Landstriche wieder zurückzugewinnen und darüber hinaus 250 Km² italienischen Boden zu besetzen. Als Kraftprobe aufgefasst, hat das Manöver damit zu einem prächtigen Erfolge geführt; von strategischem Standpunkt jedoch bedeutet es entweder nichts oder aber den Anfang einer grossangelegten Flankenoperation gegen die am Isonzo kämpfende italienische Hauptarmee.

Hätte Italien sich von seinen «Freunden» verleiten lassen, Deutschland durch eine direkte Kriegserklärung herauszufordern und würden die deutschen Heeresreserven es gestatten, eine grosse deutsche Reichsarmee zur Verfügung Oesterreichs bereit zu stellen wie seinerzeit zur Befreiung Galiziens und zur Eroberung Serbiens, so würden uns weitgehende Chancen dafür gegeben erscheinen, dass es den aus den Bergen hervorbrechenden Heeresmassen der Zentralmächte gelinge, die schmale venezianische Ebene zu durchqueren, das Meer zu erreichen und zwischen Gebirge und See einen Riegel aufzurichten, der alle Verbindungen zwischen der italienischen Ostarmee und dem Königreiche unterbräche. Jeder Munitionsnachschub ausser auf dem durch die österreichische Flotte gefährdeten Seewege könnte so unterbunden und in letzter Konsequenz — durch ein Zusammenarbeiten mit den am Isonzo stehenden österreichischen Streitkräften — die ganze, allseits umstellte italienische Hauptarmee gleichsam in einer Mause Falle gefangen werden.

Zu einem solchen neuen, in grössten Dimensionen sich wiederholenden Sedan schiene uns jedoch eine weitgehende lokale Ueberlegenheit und eine Härte militärischer Kraft unumgänglich, wie sie nur eine aus unverbrauchten Elitetruppen bestehende deutsche Hauptarmee entwickeln könnte; bleiben die österreichischen Divisionen allein, so

können sie den an Erfolgsmöglichkeiten so gewaltigen aber andererseits auch so gefährlichen Abstieg in die italienische Ebene — der sie ja auch ihrerseits zwischen zweifaches Feuer von Osten und Westen bringen würde — kaum wagen. Auch die offiziellen österreichischen Communiqués, die von Erreichung des Zieles der Offensive sprechen, deuten an, dass man nicht weiter gehen wolle. Irgend ein wesentlicher Einfluss auf die Weiterentwicklung und Endentscheidung des Krieges würde in diesem Falle von der Eroberung einiger Felsgebirge nicht ausgehen.

Bei Verdun geht der Kampf entscheidungslos weiter. Die Schlacht ist zur längsten und blutigsten des Weltkrieges und damit der Weltgeschichte geworden. Die vom furchtbaren Artilleriefeuer zerstörten beiderseitigen Feldstellungen können mitten im Kampf nicht solide genug wieder aufgebaut werden, um jene wirksame Deckung zu bieten, wie sie der Verteidiger anderwärts in seinen Gräben findet. Die Schlacht bei Verdun ist darum nicht bloss für den Angreifer, sondern auch für den Verteidiger, und das sind abwechselnd beide Teile, blutiger denn irgend ein anderer Kampf auf dem unendlichen Kriegsgebiet.

Verdun ist zu einem Symbol geworden, das vielen Unbeteiligten den Weg zu einem Urteil über das Kräfteverhältnis zwischen der deutschen und der französischen Armee weisen wird. Nur dieser ideelle Faktor kann für beide Teile die Hartnäckigkeit des Festhaltens und die Grösse der Blutopfer rechtfertigen. Denn der blosse Rückzug der Franzosen von der vorgeschobenen Stellung Verdun, mag er nun gezwungen oder freiwillig erfolgen, würde durchaus keinen Durchbruch der französischen Stellung, sondern nur das Zurückschieben der Front an einer hervorspringenden Ecke derselben bedeuten und materiell in keiner Weise den Feldzug im Westen entscheiden.

Der Seekampf an der dänischen Westküste hat die grössere Geschicklichkeit und Beweglichkeit der deutschen Führung bewiesen. Es ist derselben offenbar gelungen, einem Teil der englischen Flotte, der überwiegend aus leichtern Schiffen bestand, schwere Verluste beizubringen, bevor die feindlichen Hauptkräfte in den Kampf eingreifen konnten und dann unter dem Schutze der hereinbrechenden Nacht sich der feindlichen Uebermacht zu entziehen. Das unsichtige Wetter und die Nähe der deutschen Flottenbasis hat weiter die Tätigkeit der deutschen Torpedoboote und Unterseeboote erleichtert.

Als Aktivsaldo für Deutschland ergibt sich die Zerstörung mehrerer englischer Schiffe, deren Wegfall jedoch die zahlenmässige Ueberlegenheit der englischen Flotte auch für die Zukunft nicht beseitigt, ein starker moralischer Erfolg und eine lebhaft Warnung für die englische Flotte, sich nicht mehr nahe an die deutschen Küsten zu wagen. Die Herrschaft über das offene Meer dagegen bleibt bis auf weiteres in den Händen Englands.

Denn ein etwaiger Vorstoss der deutschen Flotte — etwa nach Nordwesten, zwecks Zerstörung der Blockadeschiffe zwischen Schottland und Island — würde zu einer Seeschlacht unter für die deutsche Flotte unvergleichlich gefährlicheren Verhältnissen führen und es bleibt abzuwarten, ob ein solcher Versuch überhaupt gemacht wird.

Die Ergebnisse des Kampfes und der relative Wert derselben liegen also klar zu Tage. Auch die Motive welche das deutsche Flottenkommando bei diesem erfolgreichen Vorstoss leiteten, sind offensichtlich. Was dagegen die englische Admiralität bewogen hat, ihre Schiffe, und zwar nacheinander in zwei Flotten von ungleicher Stärke, an die deutsche Küste zu senden, bleibt rätselhaft. War das ganze ein Manöver, um die deutsche Seemacht aus ihren Häfen zu locken, zu einem Kampf mit scheinbar schwachen Streitkräften zu verleiten, während die englische Hauptmacht der deutschen den Rückweg zum Hafen abschneiden wollte? Ist dem so, dann hat die englische Admiralität nicht geschickt genug oder die deutsche allzugeschickt manövriert. Das Ergebniss des Kampfes an der jütländischen Küste ist darum für die Deutsche Seemacht sehr ehrenvoll, ohne dass sich die materiellen Voraussetzungen für die Uebermacht der englischen Flotte im Uebrigen wesentlich gewandelt hätten.

An der Prognose für unentschiedene Beendigung des Weltkrieges wird auch durch die Ergebnisse des 22. Kriegsmonats nichts geändert.

Aus der Werkstatt des künftigen Friedens

Führende Staatsmänner haben in der Berichtsperiode wiederholt über den künftigen Frieden gesprochen. Vielfach sind dadurch Hoffnungen für eine baldige Beendigung des furchtbaren Ringens erweckt worden. So gerne wir jedoch dieselben teilen möchten, vermögen wir nicht, uns ihnen anzuschliessen. Auf dass der Krieg ende, müsste entweder eine der beiden streitenden Parteien militärisch besiegt und zu weiterem Widerstande unfähig werden oder aber

Die Reservén beider Teile an Menschen, Material oder Kampfwillen der Volksseele müssten zur Neige gehen, oder endlich

die leitenden Schichten müssten zur Einsicht gelangen, dass eine Fortsetzung des Krieges unfruchtbar sei und der Abschluss eines Ausgleichsfriedens ihren Interessen besser diene.

Keine dieser Voraussetzungen ist bis jetzt gegeben. Keine der kämpfenden Grossmächte ist unfähig zu weiterem Widerstande. Alle verfügen noch über beträchtliche Reservén an Menschen, bauen ihre Munitionsfabrikation immer weiter aus. Bei allen sind, wenn gleich in ungleichem Grade, Kriegsbegeisterung und Erbitterung noch in den Volksmassen lebendig. Bei keiner leitenden Schicht und keinem leitenden Staatsmann ist die Grundvoraussetzung für einen Ausgleichsfrieden, nämlich eine der Wahrheit auch nur einigermaßen angenäherte und damit mit dem Standpunkt des

Gegners auf einer mittlern Linie zu vereinbarende Auffassung von der *wirklichen Kriegslage* gegeben.

In Deutschland und Oesterreich hält man die Gegner für *besiegt* und glaubt einfach darauf *warten* zu können, dass diese das *selbst begreifen*. In Frankreich und England glaubt man, dass die « Feinde » dem *Verhungern* entgegengehen. Beides ist falsch und muss zu Illusionen führen, die zur *Fortführung* des Krieges drängen.

Die leitenden, über unbeeinflusste Informationen verfügenden Stellen haben zweifellos ein richtiges Bild von der Sachlage, aber sie halten es für *taktisch notwendig*, nur auf die Momente, auf denen ihre *Stärke* beruht, hinzuweisen und die andern in ihren Reden *nicht* zu berücksichtigen. So forderte der Deutsche Reichskanzler, dass man für Friedensverhandlungen die *Kriegskarte* zur Grundlage nehme. Gewiss wollte er damit *nicht* sagen, dass Deutschland etwa alle von ihm besetzten Gebiete behalten werde, aber er wollte darauf hinweisen, dass dieser territoriale *Pfandbesitz* das *wichtigste* Moment für die Beurteilung der Kriegslage und der möglichen Friedensbedingungen bilden müsse. Diese Auffassung ist einseitig; denn im Falle der Krieg solange weitergehen sollte, bis sich die Menschenreserven Deutschlands, dessen Bevölkerungszahl nur einen Bruchteil von der Bevölkerungszahl der Gegner ausmacht, erschöpfen, so kann der Krieg für Deutschland verloren gehen, *auch wenn es bis zuletzt feindliches Gebiet besetzt hält*.

Die Staatsmänner des Vierverbandes wieder berücksichtigen in allzu einseitiger Weise *diese* mögliche Entwicklungslinie, während doch eine derart lange Kriegsdauer auch ihre *eigenen* Völker in *jammervoller Weise erschöpfen müsste*, während sie doch für ein solches Abwarten bis zur künftigen Erschöpfung Deutschlands einen *ganz ungeheuerlichen Preis* bezahlen müssten. Für das Problem der Geneigtheit zu einem Ausgleichsfrieden kommt jedoch weder in Frage, ob diese Auffassungen *objektiv richtig* sind, noch auch, ob die beiderseitigen Staatsmänner wirklich *in foro interno* an dieselben glauben. Solange keine zwingenden Gründe sie zur Aufgabe dieser Standpunkte, die zugleich mit ihrem Prestige gegenüber ihren eigenen Völkern und der Welt identisch sind, veranlassen, *geht der Krieg eben weiter*. Die blosse *deductive* Ueberlegenheit der Argumente für einen Ausgleichsfrieden reicht zweifellos *nicht* hin, um ihren Willen zu ändern. Vielleicht können dagegen die *von der praktischen Erfahrung erwiesene* Erfolglosigkeit der beiderseitigen *Sommeroffensiven*, das Anwachsen der für die Zukunft drückenden *Kriegsschuld* und die Bedenken gegenüber einem neuen *Winterfeldzug* Einfluss auf ihre Entschliessungen nehmen. Der nächste psychologische Augenblick für eine erfolgreiche Bewegung zu Gunsten eines Ausgleichsfriedens scheint uns also *im September oder Oktober* — nach den Sommerfeldzügen und vor dem eventuellen Winterfeldzug — gegeben.

Etwas hoffnungsvollere Perspektiven eröffnen die Reden der verantwortlichen Staatsmänner für die Frage der Sicherungen des *künftigen* Dauerfriedens. England und etwas zögernder auch Frankreich scheinen nun endlich bereit zu sein, auf die Utopie einer militärischen Niederwerfung Deutschlands und einer unter äusserm Druck erfolgenden Veränderung der deutschen Reichsverfassung zu *verzichten*. Sir Edward Grey, Asquith und Briand halten zwar immer noch an der Sicherung ihrer Länder vor Uebergriffen des « preussischen Militarismus » als wesentlichem Kriegsziel fest. Aber durch ihre Reden klingt doch, wenn auch zunächst in wenig präziser, wenig wissenschaftlicher, stark phrasenhafter Form der Gedanke durch, dass man diese Sicherungen in der *Aufrichtung einer internationalen Rechtsordnung* suchen müsse.

Viel klarer hat Präsident Wilson den gleichen

Gedanken in zweien seiner Reden ausgesprochen. Aber auch er irrt insoweit bezüglich der richtigen Methode für Erreichung dieses Zieles, als er in der allgemeinen Anwendung der gegenwärtigen Staatsverträge zwischen Amerika und den Westmächten eine wirkliche Friedenssicherung erblickt. Dieselben legen bekanntlich den vertragsschliessenden Teilen die Verpflichtung auf, jeden Streitfall einer Vermittlungsstelle zu unterbreiten und *bis* zu deren Entscheidung keine militärischen Handlungen zu unternehmen.

Gewiss würde der öffentlichen Meinung der beteiligten und der aussenstehenden Länder damit eine Möglichkeit für klärende und beruhigende Einflussnahme gegeben. Aber Wilson scheint uns nicht hinreichend mit der *Eigenheit der europäischen Militärsysteme* und der *ungleichen Raschheit ihrer Mobilisierung* zu rechnen. Deutschland z. B. könnte einer Festlegung einer solchen obligatorischen « Bedenkzeit » in Zeiten der Kriegsgefahr, die Russland die Möglichkeit für Vollendung seiner langsamen Mobilisierung geben würde, keineswegs zustimmen: Hat es doch im Juli 1914 seinerseits den Krieg erklärt, um die militärischen Vorteile seiner rascheren Mobilisierung nicht aus der Hand zu geben.

Wirklich friedenssichernd könnte nur die *obligatorische Entscheidung* aller internationalen Streitfälle durch die internationalen *Gerichte* (insoweit sie *juristischen* Charakter tragen), durch internationale *Gesetzgebungs- und Exekutivbehörden* (soweit sie *Interessenkonflikte* betreffen) wirken: Beide Entscheidungen *gesichert* durch eine über die Machtmittel der vertragsschliessenden Staaten verfügende *internationale Exekutivgewalt*.

Viele Vorurteile nationaler Souveränität gilt es zu überwinden, auf dass diese grosse weltgeschichtliche Reform möglich werde. Aber der mit jedem weitem Kriegsjahr wachsende Schrei der Völker gegen eine Wiederholung gleicher Katastrophen wird vielleicht zu einer hinreichend tragfähigen internationalen Bewegung führen, die grosse Neu-Schöpfung erwachsen lassen.

Die Reden der Staatsmänner im 22. Kriegsmonat lassen *noch nicht* die Bereitwilligkeit zu einer solchen grosszügigen Reform erkennen, aber sie zeigen doch eine gewisse Abkehr vom Evangelium der Gewalt, eine gewisse *Annäherung* an die Idee einer internationalen Rechtsordnung. Wenn man aber sich ernstlich mit den *technischen* Möglichkeiten der letztern zu befassen beginnt, dann wird das Urteil der ruhig wertenden Fachmänner zu einem Faktor der weitem Entwicklung werden und die *Vernunft*, die so lange aus dem Rate der Zeitgeschichte verbannt blieb, wieder Sitz und Stimme im Rate derselben gewinnen.

Die Symptome des abgelaufenen Monats sind für *baldige* Beendigung des Krieges zunächst noch ungünstig, für sachgemässe Sicherung *künftigen* *Dauerfriedens* jedoch eher als günstig zu bezeichnen.

Ist d. Kapitalismus schuld am Kriege?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Mit Interesse habe ich den in Ihrer Nummer vom 24. Mai erschienenen Artikel: « Das Vorurteil vom ökonomischen Kriegsgrund » von einem Volkswirt, gelesen. Die in diesem Artikel vertretene Anschauung, dass keineswegs der Kapitalismus als solcher als die Ursache des gegenwärtigen Krieges zu betrachten sei, habe ich in meiner im März dieses Jahres erschienenen Broschüre: *Der springende Punkt* von Germanicus (Buchhandlung des Schweiz. Grütlivereins in Zürich) vertreten und mit aller Ausführlichkeit begründet. Ich habe darauf hingewiesen, dass man die Heilmittel gegen den europäischen Krankheitszustand nur dann finden und richtig anwenden könne, wenn man *Wesen* und *Sitz* des Uebels richtig erkenne. Zu diesem Zwecke sei es nötig, die Schuldfrage zu präzisieren, anstatt sie zu verwässern, — den engen

Kreis der in concreto Schuldigen deutlich zu umgrenzen, anstatt durch abstrakte Schuldkonstruktionen ihn ins Unbestimmte zu erweitern und die eigentlich verantwortlichen Menschen und Gesellschaftsklassen der verdienten Verurteilung zu entziehen.

Ich gestatte mir, als Beitrag zu dem von Herrn Eggenschwyler behandelten Thema auf nachfolgende Ausführungen meiner Broschüre hinzuweisen, die in den fünften Kapitel: *Systemanklage und Menschenanklage* enthalten sind:

« Dieser Krieg ist aus dem Boden des Kapitalismus erwachsen, ist aber nicht ein Produkt der Kapitalisten, sondern der Militaristen und Imperialisten, die keineswegs mit ersteren identisch sind. Kapitalismus und Imperialismus sind Zwillingbrüder, aus derselben verhängnisvollen Ehe entsprossen. Während aber der Kapitalismus seinen Verstand behalten und wenigstens den Frieden als Grundlage seiner wahren Interessen richtig erkannt hat, hat sein toll gewordener Bruder, der Imperialismus, jeden gesunden Massstab für seine eigenen Interessen verloren und geht auf kriegerische Eroberungen aus, die dem Kapital viel grössere Wunden schlagen, als sie ihm Vorteile einbringen können.

Der Kapitalismus herrscht heute noch überall in der Welt. Vor allem auch in den neutralen Ländern Holland, Belgien, Schweiz, Skandinavien. Von einem Imperialismus ist in diesen Ländern natürlich keine Rede — ein neuer Beweis, dass Kapitalismus und Imperialismus nicht identisch sind. *Der Kapitalismus ist seinem Wesen nach friedlich, der Imperialismus seinem Wesen nach kriegerisch*. Es ist richtig, auch das in Handel und Industrie angelegte Kapital strebt nach Ausdehnung und Erweiterung seines Tätigkeitsgebietes, aber nicht auf dem Wege kriegerischer Unternehmungen und Eroberungen — abgesehen natürlich von der Rüstungsindustrie — sondern auf dem Wege friedlicher Gewinnung fremder Märkte durch bessere und billigere Warenlieferung als die konkurrierenden Länder. Die klugen Handelsleute wissen ganz genau, dass ein europäischer Krieg nichts anderes bedeutet, als ein gegenseitiges Totschlagen der besten Kunden. Beträgt doch unser deutscher Handelsverkehr mit England und Frankreich allein 5 ¼ Milliarden Mark, also mehr als ein Viertel unseres gesamten Aussenhandels. Schon die *Kriegsfurcht* in Friedenszeiten pflegt Paniken hervorzurufen, die den Handel an einem Tage hunderte von Millionen kosten. Wie viele Milliarden gehen erst durch den Krieg verloren?! Wenn man die Bankdirektoren, Schiffsreeder, Fabrikherren und Grosskaufleute vor dem Kriegsausbruch um ihre Meinung befragt hätte, wenn man die Herren Ballin, Rathenau, Gwinner und selbst den jetzigen Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich zu Rate gezogen hätte — man hätte noch im letzten Moment von der Kriegserklärung Abstand genommen. Aber man hat sie nicht befragt. Man hat die Generäle befragt, die in der Verzögerung eines Tages unwiderbringliche militärische Nachteile sahen. Man hat auf die Junker und Agrarier gehört, denen ein frischfröhlicher Krieg schon lange ein Bedürfnis geworden war, um ihrer sozialen und wirtschaftlichen Geltung einen neuen Aufschwung zu geben. Man hat den kolonialen Machtfanatikern sein Ohr geliehen, die in blinder Verkennung aller Erfahrungen territorialen Gebietszuwachs mit wirtschaftlichem und politischem Aufschwung verwechselten.

Nicht der Kapitalismus als solcher ist schuld an diesem Kriege, sondern sein Zwillingbruder, der aus demselben Boden entsprossene Imperialismus, der die Regierung auf den seit Jahren von ihm vorgezeichneten Weg zur « Weltmacht » gedrängt hat. Man könnte die Schuldigen alle beim Namen nennen; ihre Schriften und Reden sind alle lebendige Zeugen gegen sie da. »

Germanicus.